

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport
der Stadt Georgsmarienhütte vom 01.06.2017
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173.

Anwesend:

Vorsitzender

Ruthemeyer, Christoph

Mitglieder

Olbricht, Jutta	
Averdiek, Andre	bis 19:00 Uhr anwesend, anschließend vertreten durch Herrn Pesch
Dälken, Martin	Vertretung für Frau Ruthemeyer
Dierker, Heinz	Vertretung für Herrn Krüger
Ferié, Friedrich Dr.	
Funke, Petra	
Gröne, Christoph	
Müller, Arne	Vertretung für Herrn Ahmed
Pesch, Karl-Heinz	ab 19:00 Uhr - Vertretung für Herrn Averdiek
Schmechel, Peter	ab 18:10 Uhr
Springmeier, Wolfgang	
Symanzik, Julian	
Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich	Vertretung für Frau Spreckelmeyer
Wallenhorst, Sandra	

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar	Bürgermeister
Dreier, Michael	Komm. Abt.-Leiter Bildung und Sport
Hornstein, Anton	Komm. Abt.-Leiter ZGM
Pohlmeyer, Michael	Stabsstelle des Bürgermeister - Projektleiter
Häring, Susanne	Stabsstelle des Bürgermeisters - Gleichstellungsbeauftragte
Otten, Niklas	Stabsstelle des Bürgermeisters - Pressestelle

Protokollführer/in

Konerding, Heike	außer TOP 9 und 10
------------------	--------------------

Gäste

Bauermann Herr	Landschaftsarchitekt, zu TOP 9
Droste Herr	Architekt, zu TOP 9
Stahl Frau	zu TOP 9

Hinzugewählte

Müller, Annette
Ritterbusch, Jörg
Stein, Markus
Wickel, Ulrike

Fehlende Mitglieder

Ahmed, Malik Waseem	Vertreten durch Herrn Müller
Krüger, Sebastian	Vertreten durch Herrn Dierker
Ruthemeyer, Sarah	Vertreten durch Herrn Dälken
Spreckelmeyer, Margit	Vertreten durch Herrn Trimpe-Rüschemeyer

Fehlende Hinzugewählte

Funke, Leon

Beginn: 18:00 Uhr**Ende:** 21:30 Uhr**T a g e s o r d n u n g****TOP Betreff**

- | | |
|------|---|
| 1. | Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung |
| 2. | Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/04/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 27.04.2017 |
| 3. | Wichtige Mitteilungen der Verwaltung |
| 3.1. | Schulsozialarbeit |
| 3.2. | Sonderöffnungszeiten in Kindertagesstätten zum 01.08.2017 |
| 3.3. | Finanzierung der katholischen Kindertagesstätten |
| 3.4. | Sachstand Einrichtung einer Außenstelle der Kindertagesstätte St. Michael im Jugendheim |
| 3.5. | Sachstand Einrichtung einer Kleingruppe in der Integrativ Kindertagesstätte Lummerland |
| 3.6. | Neue Mitarbeiterin der Caritas für die Offene Jugendarbeit |
| 3.7. | Jugendtreff Kloster Oesede |
| 3.8. | Schülerpraktikum in der Politik |
| 3.9. | Angebote zur Integration von Flüchtlingen |
| 4. | Anfragen
- Stabsstelle des Bürgermeisters - Kultur |
| 5. | Nutzungskonzept für die "Alte Wanne" in Kooperation mit einem externen Berater (Uwe Helmes, Stellwerk Zukunft)
Vorlage: BV/098/2017 |
| 6. | Kindertagesstättenbedarfsplan 2017 - 2022 für den Landkreis Osnabrück
Vorlage: BV/082/2017 |

7. Gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten Fortschreibung der Regionalen Vereinbarung 2017
Vorlage: BV/088/2017
8. Antrag des Tennisclub Harderberg e.V. auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand für einen nachträglichen Zuschuss zu den lfd. Bewirtschaftungskosten vereinseigener Anlagen nach Ziffer 5.2.1.1 der Sportförderrichtlinien
Vorlage: BV/074/2017
9. Projekt "Entwicklung Areal Rehlberg"
hier: Vorstellung der Vorentwurfsplanung entsprechend Leistungsphase 2 HOAI
Vorlage: MV/029/2017
10. Aussichtstürme
hier: Zukunftsperspektive Aussichtsturm auf dem Dörenberg -
Beauftragung Planung Ersatzneubau „Hermannsturm“
Vorlage: BV/104/2017
11. Antrag des Herrn Christian Schubert auf Nutzung der Sporthalle der Realschule für eine Silvesterparty 2017
Antrag der SPD/FDP-Gruppe
12. Beantwortung von Anfragen
 - 12.1. Vorstellung der Bildungsgenossenschaft
 - 12.2. Sachstand Hüttepäss
13. Anfragen
 - 13.1. Finanzierung eines möglichen Defizites der kath. Kindertagesstätten
 - 13.2. Mietpreisspiegel für die Stadt Georgsmarienhütte
 - 13.3. Personalausstattung in den Kindertagesstätten
 - 13.4. Sozialbericht 2016

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Ruthemeyer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport, begrüßt alle Anwesenden und spricht Ausschussmitglied Frau Olbricht seine Glückwünsche zur Kandidatur für die Landtagswahl aus.

Auf seine Frage an die anwesenden Bürger gerichtet, ob jemand Wortmeldungen zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt vorgetragen möchte, melden sich Herr Schubert, der sich zu TOP 11 äußern möchte, sowie Herr Gleixner, der zu TOP 10 einen Wortbeitrag leisten möchte.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung trägt er vor, dass der Tagesordnungspunkt 9 „Projekt Areal Rehlberg“ aus Sicht der Verwaltung vorgezogen sollte, da zu diesem Punkt externe Personen geladen worden sind.

Und da der Antrag der SPD / FDP – Gruppe auf Aufnahme des zusätzlichen Tagesordnungspunktes „Antrag des Herrn Schubert auf Nutzung der Sporthalle der Realschule für eine Silvesterparty 2017“ – sh. Nachtragstagesordnung vom 26.05.2017 - nach Ablauf der Frist eingegangen ist, ist über die Aufnahme dieses Punktes auf die Tagesordnung zu beschließen.

Daraufhin wird über die Behandlung des TOP 9 direkt im Anschluss an den TOP 2 sowie die Nachtragstagesordnung abgestimmt und ein **einstimmiger Beschluss** zu diesem Vorgehen gefasst.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/04/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 27.04.2017

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig - bei 4 Enthaltungen - gefasst:

Das Protokoll Nr. FB III/04/2017 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 27.04.2017 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Schulsozialarbeit

Wie in der Sitzung des Fachausschusses III am 22.09.2016 angekündigt, wird der Landkreis Osnabrück entsprechend dem Kreistagsbeschluss vom 13.06.2016 das Projekt „Sozialpädagogen an Schulen“ ab 01.08.2017 für fünf weitere Jahre fortführen.

In Georgsmarienhütte ist aktuell im Rahmen dieses Projektes eine Sozialpädagogin mit 30 Stunden pro Woche an der Regenbogenschule beschäftigt. Dieser Einsatz wird auch in diesem Stundenumfang fortgeführt.

Für die Stadt Georgsmarienhütte wird ein zusätzliches Kontingent von 20 Wochenstunden vom Landkreis finanziert. Es erfolgt ein Einsatz dieser 20 Wochenstunden an der Grundschule Michaelisschule.

3.2. Sonderöffnungszeiten in Kindertagesstätten zum 01.08.2017

Die Sonderöffnungszeiten der Kindertagesstätten ab 01.08.2017 sind von der Stadt entsprechend den Anträgen der Kindertagesstätten bei einer Mindestauslastung von 50 % bewilligt worden. Die aktuelle Aufstellung wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

3.3. Finanzierung der katholischen Kindertagesstätten

Eine Kostenaufstellung der Ist – Kosten 2016 und der Plankosten 2017 der sechs katholischen Kindertagesstätten ist am 17.05.2017 bei der Stadt eingegangen. Laut Hinweis

sind die Tabellen mit dem BGV abgestimmt. Eine Bestätigung der Kostenaufstellungen durch das BGV ist bislang nicht erfolgt. Die Verwaltung gleicht zunächst die Ist – Kosten 2016 mit den vorliegenden Personalkostenabrechnungen und den städtischen Förderungen ab, da als Grundlage der anerkannten Personalkosten für den Einsatz der pädagogischen MitarbeiterInnen der Standard des BGV nach den Finanzierungsgrundsätzen für katholische Kindertagesstätten im Bistum Osnabrück anzusetzen ist.

3.4. Sachstand Einrichtung einer Außenstelle der Kindertagesstätte St. Michael im Jugendheim

Die Stadt Georgsmarienhütte hat die Erziehungsberechtigten, deren Kinder zum 01.08.2017 in einer Kindertagesstätte in Georgsmarienhütte angemeldet sind, einen Kindergartenplatz benötigen und bislang auf einer Warteliste stehen, angeschrieben. Die Eltern sind gebeten worden, ihr Kind bis zum 01.06.2017 in der Kindertagesstätte St. Michael anzumelden. Bis zum 24.05.2017 liegen der Einrichtung 13 verbindliche Anmeldungen vor.

Der Kirchenvorstand setzt nach einer Besichtigung durch den GUV die bauliche Herrichtung des Jugendheimes und die Ausstattung der Räumlichkeiten um. Zur personellen Besetzung der Kindergartengruppe sind Vorstellungsgespräche geführt worden. Über die Sonderöffnungszeit dieser Gruppe wird zu gegebener Zeit eine Abstimmung entsprechend dem konkreten Bedarf und einer Mindestauslastung des Angebotes erfolgen.

3.5. Sachstand Einrichtung einer Kleingruppe in der Integrativ Kindertagesstätte Lummerland

Dieses Angebot ist zum 01.08.2017 ausgelastet. Da 7 der 10 verbindlich angemeldeten Kinder einen Betreuungsbedarf bis 16.30 Uhr haben, wird die Kleingruppe von 8.00 Uhr bis 16.30 Uhr betrieben.

3.6. Neue Mitarbeiterin der Caritas für die Offene Jugendarbeit

Da die seit dem 1. März für den Michaelistreff eingestellte Mitarbeiterin kurzfristig schon wieder gekündigt hatte, ist zum 1. Juni eine neue Mitarbeiterin durch den Caritasverband eingestellt worden. Frau Ilana Wolters (Sozialarbeiterin BA) wird mit einer halben Stelle den Jugendtreff Michaelistreff besetzen und für die offene Jugendarbeit im Stadtteil Oesede zuständig sein.

3.7. Jugendtreff Kloster Oesede

Der Jugendtreff Kloster Oesede verzeichnet nun schon seit längerer Zeit sehr geringe Besucherzahlen. Mehrere Versuche der Caritas durch verschiedene Maßnahmen und Aktionen den Treff wiederzubeleben und junge Besucher/innen anzusprechen, waren leider nicht erfolgreich. Ein weiterer Einsatz einer pädagogischen Fachkraft in dem gewohnten Stundenumfang ist zurzeit nicht mehr zu rechtfertigen.

Da die Mitarbeiterin im Jugendtreff Kloster Oesede zum 1. Juni gekündigt hat und ein/e Nachfolger/in noch nicht gefunden werden konnte, wird der Jugendtreff nun zunächst nur noch freitags geöffnet werden und mit Beginn der Sommerferien ganz geschlossen bleiben. Ferienpassaktionen vor Ort werden wie geplant stattfinden. Die wöchentliche Nutzung der Räume durch eine Jugendgruppe der Waldbühne bleibt ebenso bestehen.

Im Anschluss an die Mitteilungen erkundigt sich Ausschussmitglied Frau Olbricht, ob die benannte Schließung zu Beginn der Sommerferien für die Dauer der Ferien erfolgen wird oder auch darüber hinaus.

Frau Müller, Caritas, antwortet, dass ab dem 1. September eine neue Mitarbeiterin für den Jugendtreff Kloster Oesede eingestellt werden wird. Da aber die bisherige Resonanz auf die bestehenden Angebote in Kloster Oesede sehr gering ist, ist der dauerhafte Einsatz einer päd. Fachkraft kritisch zu sehen und das Konzept als Ganzes zu prüfen.

Bürgermeister Herr Pohlmann ergänzt, dass während der Sommerferien die aufsuchende Jugendarbeit, u.a. in Person von Herrn Schwarz, auch in Kloster Oesede tätig sein wird.

3.8. Schülerpraktikum in der Politik

Für die 8. Klassen der Realschule werden am 14. Juni zwei Rathausführungen angeboten, zwei weitere Klassen werden folgen (Termin wird noch abgestimmt). Nach den Sommerferien hat die Lehrerin Frau Maren Stindt-Hoge dann die Fortführung des Projektes durch den Besuch von Kommunalpolitikern im Unterricht vorgesehen.

3.9. Angebote zur Integration von Flüchtlingen

Die Koordinatorin für Flüchtlingsarbeit, Frau Häring, stellt die Angebote vor, die in Georgsmarienhütte in Kooperation und / oder Organisation der Koordinierungsstelle Flüchtlingssozialarbeit vorgehalten werden und erläutert diese. Die Auflistung der Angebote ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Im Anschluss an die Ausführungen von Frau Häring vermisst Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer die Nennung des 3-monatigen Berufsfindungskurses „Re-Start“, den die Bildungswerkstatt anbietet.

Außerdem erkundigt er sich nach der Integration von Kindern und Schülern in Einrichtungen.

Bürgermeister Herr Pohlmann bittet darum, den Aufgabenbereich von Frau Häring und damit die Auflistung der Maßnahmen zu differenzieren. Aufgeführt seien Angebote und Projekte, die von oder in Kooperation mit Frau Häring bzw. der Stadt realisiert würden. Alle sonstigen Maßnahmen von Trägern habe man nicht aufgeführt.

Er berichtet, dass der Realschule von der Landesschulbehörde voraussichtlich lediglich die Fortführung einer – von bisher 2 – Sprachlernklassen genehmigt wurde.

Grundsätzlich kritisiert er, dass der Austausch von Informationen der Verwaltungsbehörden, insbesondere der Agentur für Arbeit, nur sehr schleppend erfolgt, z.B. darüber, was Flüchtlinge in der Vergangenheit bereits für Maßnahmen besucht haben.

Der Ausschussvorsitzende spricht den Ehrenamtlichen seinen Dank für deren Engagement aus, woraufhin Ausschussmitglied Frau Olbricht berichtet, dass sich zunehmend Missmut unter den Ehrenamtlichen ausbreitet über die Wohnverhältnisse einiger Flüchtlinge und darüber, dass die Wohnungssuche nur schleppend vorangeht.

Frau Häring bestätigt, dass der Wohnungsmarkt nach wie vor angespannt ist und Bürgermeister Pohlmann ergänzt, dass Herr Von der Heide auch in seiner neuen Aufgabe als Abteilungsleiter weiterhin mit der Akquirierung von Wohnungen beschäftigt ist, was sich unter Beachtung des Sozialhilferechtes schwierig gestaltet. Er fordert die Ausschussmitglieder auf, die Türen potenzieller Vermieter zu öffnen.

Daraufhin verweist Ausschussmitglied Herr Springmeier auf die Leerstände in Alt-Georgsmarienhütte.

4. Anfragen - Stabsstelle des Bürgermeisters - Kultur

Es werden keine Anfragen vorgetragen.

5. Nutzungskonzept für die "Alte Wanne" in Kooperation mit einem externen Berater (Uwe Helmes, Stellwerk Zukunft) Vorlage: BV/098/2017

Der Ausschussvorsitzende Herr Ruthemeyer ruft diesen Tagesordnungspunkt auf und übergibt an Bürgermeister Pohlmann, der für die Verwaltung die Sachlage und die Beschlussvorlage erläutert.

Nachdem Herr Pohlmann von Frau Happe Grüße an den Ausschuss ausgerichtet hat, berichtet er, dass die Verwaltung zur Vorbereitung der Sanierung des Innenbereichs der „Alten Wanne“ Kontakt mit Herrn Helmes aufgenommen und um Erstellung eines Projektvorschlages gebeten hat. Dieser, nun vorliegende Projektvorschlag enthält verschiedene Schritte, die unter Einbindung der Jugendlichen und der Vereinsvertreter vor Ort umgesetzt werden sollen. Der Verwaltung ist es wichtig, auch unter Einbeziehung der Sophie-Scholl-Schule eine multifunktionale Nutzung der Räumlichkeiten zu erhalten, welche in das bestehende und unter Denkmalschutz stehende Gebäude hinein transferiert werden muss.

Der Fokus der Verwaltung wird sich u.a. auf die Gestaltung des Sanitärbereiches richten, welcher künftig auch eine Nutzung von außen ermöglichen könnte.

Für Ratsmitglied Herr Dälken stellt sich die Frage, ob die „Alte Wanne“ als reiner Jugendtreff neu konzeptioniert wird und befürwortet, dass eine multifunktionale und kulturelle Nutzung mit in das Konzept aufgenommen wird.

Bürgermeister Herr Pohlmann erklärt, dass das Konzept der offenen Jugendarbeit die „Alte Wanne“ als zentrale Einrichtung beinhalte. Die künftige Nutzung auch durch Andere müsse damit konform gehen. So könne er sich vorstellen, die Sporthalle evtl. für Veranstaltungen der Kleinkunstreihe zu nutzen.

Er fordert dazu auf, sowohl für die Besetzung des Teilnehmerkreises am Projekt als auch für die künftige Nutzung der Räumlichkeiten der „Alten Wanne“ offen zu sein.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer bestätigt die Ausführungen des Bürgermeisters als zielführend und bittet darum, bei den Planungen das gesamte Gebäude im Blickfeld zu behalten. Er schlägt vor, die Kulturabteilung in die künftige Projektarbeit einzubeziehen. Außerdem weist er darauf hin, dass die eingereichten Vorschläge zur Gestaltung des „Areal Rehlberg“ die Einbindung des Außenbereiches der „Alten Wanne“ enthalten.

Nachdem der Ausschussvorsitzende Herr Ruthemeyer seinen Vorsitz vorübergehend an Frau Olbricht abgegeben hat, teilt er mit, dass er die Verzahnung dieser zwei Konzepte für wünschenswert hält, um Synergien zu erreichen.

Daraufhin berichtet Herr Pohlmann, Projektleiter „Areal Rehlberg“, dass am heutigen Tag in der „Alten Wanne“ ein Treffen stattgefunden hat zwischen den Planern des „Areal Rehlberg“ und den Verantwortlichen für die Jugendarbeit in Georgsmarienhütte, Frau Möllenkamp, Herrn Ole Schwarz und Frau Nicole Fasterding, um deren Wünsche in die Planung des Außenbereiches mit aufzunehmen.

Er weist darauf hin, dass die Parksituation vor Ort - speziell bei Veranstaltungen - kritisch zu betrachten ist, ebenso wie die Einplanung der Feuerwehraufstellfläche. So sind alle Punkte

zwischen der Projektgruppe für die Innengestaltung der „Alten Wanne“ sowie der Planung des „Areal Rehlberg“ unter Einbeziehung des Außenbereichs der „Alten Wanne“ zu verknüpfen und abzustimmen.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorgetragen werden, lässt der Ausschussvorsitzende über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Stadt Georgsmarienhütte beauftragt das Stellwerk Zukunft mit der Entwicklung eines Raumkonzeptes für die Weiterentwicklung / -nutzung der „Alten Wanne“ entsprechend dem vorliegenden Projektablauf von Uwe Helmes.

**6. Kindertagesstättenbedarfsplan 2017 - 2022 für den Landkreis Osnabrück
Vorlage: BV/082/2017**

Der Ausschussvorsitzende Herr Ruthemeyer ruft diesen Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die ausführlichen Ausführungen und Erläuterungen von Frau Happe auf die Kindergartensituation 2017/2018 aus den vergangenen Sitzungen.

Bürgermeister Herr Pohlmann ergänzt zur momentanen Bedarfssituation, dass von einer Einrichtung aktuell 8 freie Plätze und einer weiteren Einrichtung ebenfalls freie Plätze - ohne konkrete Angabe der Platzzahl - zum 01.08.2017 gemeldet wurden. Dieses ergibt sich u.a. dadurch, dass von einigen Erziehungsberechtigten die Betreuungsverträge (noch) nicht zurückgeschickt und somit angebotene Kindergartenplätze nicht in Anspruch genommen werden. Dieser Sachverhalt wird auch durch die Belegungssituation der vergangenen Jahre bestätigt, so dass der 1. August eines Jahres abzuwarten ist.

Er bittet darum, von Seiten der Politik nicht darauf zu drängen, den Termin der Platzvergabe weiter nach vorne zu ziehen, da sich der Februar als guter Zeitpunkt erwiesen hat. Ein noch früherer Zeitpunkt würde noch weitergehende Unsicherheiten zwischen angemeldetem Bedarf und letztendlich tatsächlicher Belegung am 01.08. mit sich bringen.

Da keine Anmerkungen zu diesem Punkt vorgetragen werden, lässt der Ausschussvorsitzende über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Stadt Georgsmarienhütte nimmt den Kindertagesstättenbedarfsplan 2017 – 2022 für den Landkreis Osnabrück zustimmend zur Kenntnis.

**7. Gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in
Kindertagesstätten Fortschreibung der Regionalen Vereinbarung 2017
Vorlage: BV/088/2017**

Der Ausschussvorsitzende ruft diesen Tagesordnungspunkt auf und fragt an, wer aus der Mitte der Ausschussmitglieder an der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Regionales Integrationskonzept am 22. Mai d.J. teilgenommen hat.

Ausschussmitglied Frau Olbricht berichtet, dass Frau Spreckelmeyer aus ihrer Fraktion an dieser Sitzung teilgenommen und in der Fraktion berichtet hat, dass die Träger sich mit der aktuellen Situation zufrieden gezeigt haben.

Frau Olbricht fragt nach der Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Landkreises Osnabrück, nachdem in der Vergangenheit von den Einrichtungen Klagen darüber geführt wurden, dass vom Gesundheitsamt Förderbedarfe in einer einmaligen Begutachtung nicht festgestellt wurden. Aus Sicht der Einrichtungen hätte eine „Nachbegutachtung“ in Zweifelfällen stattfinden müssen, die voraussichtlich zu einem anderen Ergebnis geführt hätten.

Bürgermeister Herr Pohlmann bestätigt die Kenntnis darüber, dass das Gesundheitsamt eine Änderung der Begutachtungssystematik vorgenommen hat, und dass von Seiten der Kommunen darum gebeten wird, erforderliche Nachbeurteilungen künftig wieder intensiv zu ermöglichen.

Herr Dreier, der von der Verwaltung an der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Regionales Integrationskonzept teilgenommen hat, bestätigt, dass die Einrichtungen in diesem Jahr von keinen Problemen berichtet haben; die bestehenden Integrationsgruppen werden fortgeführt und nach aktuellem Stand stehen noch 3 unbelegte Integrationsplätze zum 01.08.2017 zur Verfügung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorgetragen werden, lässt der Ausschussvorsitzende über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Regionale Vereinbarung für die Stadt Georgsmarienhütte zur gemeinsamen Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindertagesstätten wird in anliegender Form fortgeschrieben.

**8. Antrag des Tennisclub Harderberg e.V. auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand für einen nachträglichen Zuschuss zu den lfd. Bewirtschaftungskosten vereinseigener Anlagen nach Ziffer 5.2.1.1 der Sportförderrichtlinien
Vorlage: BV/074/2017**

Der Ausschussvorsitzende ruft diesen Tagesordnungspunkt auf und verweist auf die vorliegende Beschlussvorlage.

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer erkundigt sich, ob der Verwaltung die damalige Situation bekannt war und ein rechtzeitiger Antrag auf Fristverlängerung durch den Verein gestellt worden war. Nachdem die Verwaltung dieses verneint hat und keine weiteren Beiträge vorgetragen werden, lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Der Antrag des Tennisclub Harderberg e.V. auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand wird abgelehnt.

**9. Projekt "Entwicklung Areal Rehlberg"
hier: Vorstellung der Vorentwurfsplanung entsprechend Leistungsphase 2**

HOAI
Vorlage: MV/029/2017

Dieser Tagesordnungspunkt wird, wie zu Beginn der Sitzung beschlossen, vorgezogen und direkt im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 2 beraten.

Auf die Vorlage Nr. MV/029/2017 wird verwiesen.

Der Ausschussvorsitzende Christoph Ruthemeyer begrüßt im Namen des Ausschusses die allen aus bereits zurückliegenden Beratungen bekannten Architekten Bauermann und Droste, die dem Ausschuss die Konkretisierung der Planung zur Entwicklung des Areals Rehlberg auf Grundlage ihres Wettbewerbsbeitrages vorstellen sollen.

Zunächst führt der Bürgermeister, Herr Pohlmann, kurz in die Thematik ein und weist darauf hin, dass das ehrgeizige Ziel, bereits zur Ratssitzung am 15.06.2017 Detailplanungen und Kostenberechnungen, auch untergliedert nach möglichen Bauabschnitten, nach ausführlichen Gesprächen mit den Architekten nicht erreicht werden könne. Die Architekten hätten sich deutlich mehr Zeit erbeten, um eine verlässliche Entwurfsplanung vorlegen zu können.

Anschließend erläutert der mit der Gestaltung der Freianlagen im Bereich des Areals Rehlberg auf Grundlage seines Wettbewerbsentwurfes beauftragte Architekt Ernst Bauermann anhand der dem Protokoll als Anlage beigefügten PowerPoint-Präsentation die zwischenzeitlich vorgenommenen Ergänzungen bzw. Anpassungen der Planung.

Anlass einiger Planänderungen waren neben den in der letzten Sitzung des Fachausschusses bereits eingebrachten Anregungen insbesondere die auf Grund einer zwischenzeitlich durchgeführten Beteiligung bzw. Reflexion mit den Nutzern der Sport- und Freizeitanlage Rehlberg (alle Leichtathletik betreibenden Sportvereine, SV Viktoria 08, TC Georgsmarienhütte, Realschule, Hauptschule Sophie-Scholl-Schule, Gymnasium, Vertreter der offenen Jugendarbeit in der Alten Wanne).

Im einzelnen werden in Bezug auf die Freianlage besonders die nachfolgenden Themen angesprochen:

- Leichtathletische Anlage/Rasensportplatz (Platzierung der Wurfanlagen, Standort der Trainerbänke und beweglichen Tore, Ballfangzäune, Fußweg um den Sportplatz)
- Behindertenparkplätze
- Fahrradstellplätze (25 Plätze wurden gewünscht)
- Parkouranlage
- Mülleimereinhausungen

Von Seiten des Ausschusses wird im Verlauf der Beratungen darauf hingewiesen, dass auf jeden Fall, wie in der ursprünglichen Planung bereits vorgesehen, ein sogenannter Expressweg von der Alten Wanne zum Rehlberg angelegt werden soll. Auch wird, wie bereits bei der Reflexion von den Schulen und dem TVG vorgetragen, noch einmal die Bedeutung eines Parcours für die Sportart Parkour als ein wichtiger Bestandteil der Freianlagenplanung verdeutlicht.

Daüber hinaus wird die Anlage einer Mountainbikestrecke angeregt, die sich aber auf Grund des zu kleinen zur Verfügung stehenden Geländes kaum verwirklichen lassen wird. Auch die Anlage eines festen Grillplatzes wird diskutiert, hiervon wird jedoch auf Grund der schlechten Erfahrung aus der Vergangenheit mit der Grillhütte auf dem Rehlberg Abstand genommen.

Weitere Wünsche wie Outdoor-Tischtennis, eine vielseitige Kletteranlage, Streifen für Radfahrer und Kinderwagen neben Treppenstufen, Beachtung von kurzen Wegen zwischen Behindertenparkplätzen und den Aktionsbereichen, die Anlage von Aufstellflächen bzw. Zufahrten für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge sowie für Vereinsbullis und Gerätschaften zur Pflege der Anlage werden ebenfalls angesprochen.

Herr Bauermann erklärt, dass einige Dinge ohnehin auf Grund von Vorschriften zu beachten sind und darüber hinaus die Anregungen aus den Gesprächen mit allen Beteiligten auf ihre Umsetzbarkeit, nicht zuletzt auch unter Kostengesichtspunkten, geprüft würden.

Im Ausschuss wird auch der Aspekt des Unterhaltungsaufwandes, insbesondere auch im Bereich der Freianlagen (kleinteilige Grünflächen) angesprochen, der bei allen Planungen nicht in Vergessenheit geraten soll.

Herr Pohlmeier ergänzt, dass heute in der Alten Wanne ein Gespräch mit den dort zuständigen Sozialarbeitern Frau Fasterding und Herrn Schwarze sowie der Stadtjugendpflegerin Frau Möllenkamp stattgefunden hat, in dem es um die Konkretisierung der Planungen für die Freianlagen an der „Alten Wanne“ bzw. um die Sortierung und Festlegung der Gestaltung der Freiräume ging.

Bei dem Gespräch wurde deutlich, dass fehlende Parkflächen bzw. „wildes Parken“ ein großes Problem bezüglich der Nutzung von den Flächen im Außenbereich darstellen. Die dort aufgenommenen Wünsche und Anregungen werden im Rahmen der weiteren Planung geprüft.

In diesem Zusammenhang weist Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer drauf hin, dass die Ideen aus den anderen Wettbewerbsbeiträgen bzgl. des Außenbereiches der Alten Wanne mit in die Überlegungen einbezogen werden sollten.

Im Anschluss an die Beratungen über die Freianlagen erläutert der mit den Planungen für den Neubau des Sportheims Rehlberg auf Grundlage seines Wettbewerbsentwurfes beauftragte Architekt Lukas Droste die Auswirkungen der zwischenzeitlich vorgetragenen Änderungswünsche auf die Gebäudeplanung.

Zunächst stellt Herr Droste klar, dass er sich im Wettbewerb und auch in der weiteren Planung konsequent an dem von der Stadt Georgsmarienhütte vorgegebenen Raumprogramm orientiert und hiervon bislang nur geringfügig abgewichen wurde. Er weist darauf hin, dass im derzeitigen Planungsstadium die Konkretisierung der Planung bereits unter Einschaltung von Fachingenieurbüros (Statik, Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektrotechnik usw.) vorgenommen werden muss.

Herr Droste erläutert, unter Einbeziehung der als Anlage beigefügten Grundrisse, die auf Grund der aus den bisherigen Besprechungen sich ggf. ergebenden Planänderungen. In der Reflexion mit den Nutzern der Sportanlage Rehlberg wurden insbesondere folgende Wünsche bzw. Anregungen das Sportheim betreffend vorgetragen:

- größere Umkleidekabinen im Gebäude mit der Hausmeisterwohnung
- zusätzlicher Kaltraum für die Schulen zur Unterbringung von Sportgeräten
- Verzicht auf ein Stuhl- bzw. Tischlager
- Frühzeitige Abstimmung der Gestaltung der Fensterfront der Gymnastikhalle
- separater Pavillon (Bratwurststand) in Ergänzung zum Gasstättenbereich

Herr Droste erläutert, dass die Vergrößerung der Umkleiden (heutiger Bestand) durch Verschiebungen, siehe Grundrisse „Nebengebäude Untergeschoss/Erdgeschoss mit Variante“, möglich sein könnte.

Die Mitglieder des Ausschusses befürworten die Prüfung dieses Wunsches und bitten Herrn Droste, die planerischen und finanziellen Auswirkungen der Änderungen in einem nächsten Planungsschritt darzulegen, damit endgültig über diese Plananpassung entschieden werden kann.

Der Wunsch der Schulen nach einem eigenen Kalt-Geräteraum ließe sich aus Sicht des Architekten Droste ohne größere Probleme umsetzen, hierdurch würden nur geringfügige Kosten entstehen, die keine Auswirkungen auf die bisherige Kostenschätzung haben. Obendrein würde ein zusätzlicher Kalt-Geräteraum das gesamte Ensemble optisch noch besser abrunden, siehe Grundriss „Sportheim Erdgeschoss“.

Hinsichtlich des Pavillons unterbreitet Herr Droste einen Vorschlag im Bereich des Aufgangs zur Dachterrasse. Herr Droste wird einen entsprechenden Pavillon (unbeheizt mit Wasser- und Stromanschluss) planerisch mit aufnehmen. Der Bau könnte dann ggf. später erfolgen.

Der Vorsitzende des Behindertenberates der Stadt Georgsmarienhütte, Walter Poggemann, erklärt, dass Sportstätten für alle, also auch für Menschen mit Behinderungen, geplant werden sollten.

Herr Poggemann gibt zu Bedenken, dass die Behindertentoilette an dem derzeit vorgesehen Standort für die Nutzer des Gaststättenbereiches mit Außenterrasse gerichtet ist. Er beantragt daher die Einrichtung einer barrierefrei jederzeit zugänglichen zusätzlichen Behindertentoilette mit einer Euro-Schließung im Erdgeschoss des Sportheims. Herr Droste wird hierfür einen Lösungsvorschlag erarbeiten.

Herr Trimpe-Rüschemeyer regt an, die Ausrichtung der Fensterflächen des Vereinsheimes bzw. des Gaststättenbereiches des Sportheims in Richtung Alte Wanne zu verschieben und schlägt die Drehung der Grundrissplanung um 180° vor.

Herr Droste weist darauf hin, dass der Bereich bereits zu drei Seiten geöffnet ist und somit nahezu eine Rundumsicht zu den Aktionsräumen des Areals Rehlberg bietet. Er verweist auf die Jury-Entscheidung, die besagt, dass die Zuordnung des Gebäudes hervorragend gelungen ist und die Raumzuordnungen angemessen und funktional sind.

Bürgermeister Pohlmann unterstreicht noch einmal, dass diese Räumlichkeiten primär der Nutzung der Vereine und bei sportlichen Aktivitäten zur Versorgung der Zuschauer und Sportler dienen sollen. Aus seiner Sicht könne diese Lage sowohl im Rahmen der sportlichen Aktivitäten als auch für andere Besucher (Wanderer, Naherholungssuchende, interessierte Familienangehörige) interessant sein.

Zum Abschluss der Beratungen dieses Tagesordnungspunktes sprechen sich die Mitglieder des Ausschusses dafür aus, auf Grund der Bedeutung des Projektes, die nächsten Planungsschritte zur Entwicklung des Areals Rehlberg in einer Sondersitzung des Fachausschusses zu beraten. Die Verwaltung wird gebeten, hierfür einen Termin anzuberaumen.

10. Aussichtstürme
hier: Zukunftsperspektive Aussichtsturm auf dem Dörenberg -
Beauftragung Planung Ersatzneubau „Hermannsturm“
Vorlage: BV/104/2017

Auf die Vorlage Nr. BV/104/2017 mit Anlagen wird verwiesen.

Zu Beginn der Beratungen dieses Tagesordnungspunktes meldet sich der zuständige Bezirksförster Friedrich Gleissner zu Wort und beklagt, dass es am Aussichtsturm derzeit zum Ärger der Grundstückseigentümer immer wieder Probleme mit Personen gibt, die die Absperrgitter oft mutwillig beschädigen und trotz Absperrung und Verbot das Gelände bzw. den Aussichtsturm betreten.

Der auch für die bauliche Unterhaltung und Verkehrssicherheit des Hermannsturmes bei der Stadt zuständige städtische Architekt Anton Hornstein, bestätigt, dass es hier häufiger Probleme gibt und dass der aufgestellte Bauzaun regelmäßig repariert und wieder geschlossen werden muss. Die Stadt führt seit der Sperrung des Turmes regelmäßig Kontrollen durch und geht Hinweisen auf Beschädigung der Absperrung kurzfristig nach. Herr Hornstein weist außerdem darauf hin, dass die Personen, die sich durch Überwindung der Absperrung und somit unbefugt Zutritt zum Turm verschaffen, auf eigene Gefahr handeln. Es seien zudem deutlich sichtbare Warnschilder angebracht.

Förster Gleissner gibt zu bedenken, dass die Waldeigentümer hier zur Lösung des Problems favorisieren, dass die Stadt den Abriss des Hermannsturms vorzieht.

Das ist aus Sicht von Bürgermeister Pohlmann nach derzeitigem Stand der Dinge nicht sinnvoll, da man dann zweimal mit schwerem Gerät auf den Dörenberg müsste, einmal für den Abriss im Herbst, und dann im Frühjahr, um das Material für den Neubau dorthin zu schaffen. Aus heutiger Sicht sei es auch angesichts der schmalen Zuwegung sinnvoll, beide Schritte zeitlich miteinander zu verbinden. Er weist ferner darauf hin, dass sich nicht die

Grundstückseigentümer sondern die Stadt als Betreiber mit Haftungsfragen auseinander setzen müsse.

Im Anschluss erläutert der für das Projekt „Hermannsturm auf dem Dörenberg“ zuständige Mitarbeiter der Stabsstelle des Bürgermeisters, Herr Pohlmeier, die wichtigsten Punkte aus der Vorlage. Er geht insbesondere darauf ein, welche Vorteile die Stadt Georgsmarienhütte durch die vorgeschlagene Direktbeauftragung eines Planungs- bzw. Ingenieurbüros hat und dass eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung unbedingt erforderlich ist, um den doch recht sportlichen Zeitplan einhalten zu können.

Auf die Frage aus dem Ausschuss nach der Lebensdauer eines Aussichtsturmes aus Holz erklärt Herr Pohlmeier, dass der Turm zwar überwiegend aus Holz, jedoch auf Grund statischer Erfordernisse bei der Tragwerksplanung wohl in Verbindung mit einer Stahlkonstruktion in einem Betonfundament errichtet werden soll. Bei der Planung ist zu beachten, dass durch Abdeckungen und einen den Erfordernissen entsprechenden konstruktiven Holzbau keine dauerhaften witterungsbedingten Angriffspunkte geschaffen werden, die die Lebensdauer maßgeblich negativ beeinflussen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird die Frage nach der Höhe des Aussichtsturmes gestellt. Hierzu erläutert Förster Gleissner, dass eine Turmhöhe von rd. 30 m ausreichend sein dürfte, da die dort stehenden Fichten ihre Wachstumsphase nahezu abgeschlossen haben.

Zum Abschluss der Beratung fasst der Fachausschuss - einstimmig bei 1 Enthaltung - folgenden Beschlussvorschlag:

Die Firma hochkant GmbH, Am Tobel 7, 88167 Gestratz-Brugg, wird auf Grundlage der HOAI beauftragt, bis zum 01.08.2017 mindestens drei Vorentwürfe, zunächst beschränkt auf eine einfache Darstellung und Entwurfsskizzen mit grober Kostenschätzung, für einen Ersatzneubau des Hermannsturmes auf dem Dörenberg zu erstellen.

Nach Entscheidung der Stadt für einen der drei Entwürfe, ist die Erarbeitung eines Vorentwurfes mit Vorstatik/-dimensionierung zur Kostenschätzung nach DIN 276 entsprechend den Leistungen der Leistungsphasen 1 und 2 HOAI bis zum 23.08.2017 durch die Firma hochkant vorzunehmen.

Mit der Erstellung eines Vorentwurfes ist keine Verpflichtung zur Weiterbeauftragung verbunden.

Im Zuge der Erarbeitung der Vorentwürfe sind die der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügten Rahmenbedingungen zu beachten.

Die Beauftragung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes.

**11. Antrag des Herrn Christian Schubert auf Nutzung der Sporthalle der Realschule für eine Silvesterparty 2017
Antrag der SPD/FDP-Gruppe**

Nachdem der Ausschussvorsitzende Herr Ruthemeyer diesen Tagesordnungspunkt aufgerufen hat, gibt er Herrn Schubert die Gelegenheit, sein Anliegen vorzutragen und zu erläutern. So berichtet Herr Schubert davon, dass Herr Buse und er seit 2 Jahren auf der Suche nach einer geeigneten Lokalität sind für die Durchführung von Silvesterfeiern. Er teilt mit, dass ihm der Ratsbeschluss, gefasst zu Zeiten der Dütehalle, bekannt ist und spricht sein Verständnis dafür aus, dass einer Konkurrenz zu städt. Veranstaltungen kein Raum gegeben werden sollte. Die Silvesterparties sind aber nicht als Konkurrenzveranstaltungen

einzustufen. Auch ist ihm die Problematik bewusst, dass die Hausmeister der städt. Schulen und Sporthallen in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr Urlaub haben.

Bürgermeister Herr Pohlmann erklärt zunächst, dass der Verwaltung kein - von Herrn Schubert oder Buse formulierter - Antrag auf Durchführung einer Silvesterparty 2017 vorliegt. Er gibt einen Rückblick in das Jahr 2016, in dem die Verwaltung und insbesondere er persönlich bereits in Gesprächen mit den Herren Schubert und Buse nach einer Möglichkeit zur Durchführung einer Silvesterparty 2016 gesucht haben. So ist das gesamte Stadtgebiet "durchgescannt" worden auf der Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit. Auch Gespräche mit verschiedenen Firmeninhabern sind in den vergangenen Jahren bereits geführt worden. Doch dabei stellte sich heraus, dass evtl. geeignete Räumlichkeiten, die beheizbar sind und in deren Umfeld ausreichend Parkmöglichkeiten gegeben wären, im Winter nicht zur Verfügung stehen.

Herr Dreier, Leiter Bildung und Sport, berichtet, dass es in der Vergangenheit durch die hohe Belastung mit Feuchtigkeit während nichtsportlicher Veranstaltungen zu Schäden an den betroffenen Hallenböden kam, deren Sanierungen z.T. hohe Kosten verursacht hatten. Er verweist auf den Ratsbeschluss aus 2005/2006, welcher besagt, dass der Nutzung von Sporthallen für außersportliche Zwecke nur über Sondernutzungsanträge örtlicher Vereine und Verbände sowie Schulen stattgegeben werden soll. Dies betrifft insbesondere Traditionsveranstaltungen, Vereinsjubiläen und Kulturveranstaltungen. Über die eingehenden Anträge hätten im Einzelfall die politischen Gremien zu entscheiden. Als Beispiele für Traditionsveranstaltungen, die in städt. Sporthallen durchgeführt werden, benennt er den Sportlerball des VfL Kloster Oesede sowie die Karnevalsveranstaltungen Holzhausen, welche von den örtlichen Vereinen und Verbänden organisiert werden.

Unter Beachtung des soeben zitierten Ratsbeschlusses sei eine Sondernutzungserlaubnis zur Durchführung der geplanten Silvesterparty 2017 nicht zu erteilen.

Ausschussmitglied Frau Olbricht bestätigt zwar den gefassten Ratsbeschluss, bittet aber gleichzeitig darum, diesen zu überdenken. Die geplante Silvesterparty spricht ein altersmäßig gemischtes Publikum an und aus ihrem Umfeld hat sie wiederholt die Botschaft vernommen, dass eine Silvesterparty vor Ort gewünscht ist. Die Stadt ist für die Bürger da und da die Stadt keine Veranstaltungshalle vorhält, sollte eine Alternative gesucht und angeboten werden. Sie bittet darum, den vorgetragenen Antrag in den politischen Gremien zu beraten.

Ratsmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer fragt an, welche Art und welcher Umfang von Schaden zu erwarten sei und schlägt vor, dessen Beseitigung über eine Gewährleistungsbürgschaft des möglichen Veranstalters abzusichern.

Herr Springmeier erinnert an die Diskussionen in den Jahren 2005/2006, welche zum entsprechenden Ratsbeschluss geführt haben, und betont, dass die Sachlage nach wie vor unverändert ist.

Herr Schmechel fragt an, ob die Stadt nicht die Auslegung weiter nutzen kann, die zur Auslegung der Teutoburger-Wald-Halle für die erwartete Unterbringung von Flüchtlingen verwendet wurde.

Nachdem der Ausschussvorsitzende Herr Ruthemeyer seinen Vorsitz vorübergehend abgegeben hat, teilt er mit, dass er sich aus Sicht des Sportlers noch gut an die Schäden an Hallenböden erinnern kann, welche durch nichtsportliche Nutzungen entstanden waren. Er betont, dass er persönlich sehr gerne feiert und auch selbst Feiern organisiert, fragt aber an, wo der Anfang und wo das Ende gesetzt werden solle für die Freigabe städt. Sporthallen für nichtsportliche Veranstaltungen. Er lehnt eine Freigabe der Sporthalle der Realschule für die Veranstaltung einer Silvesterparty 2017 ab.

Frau Wickel hinterfragt kritisch, warum Vereine und Verbände nichtsportliche Aktivitäten in den Sporthallen durchführen dürfen, die eine gleiche Belastung mit sich bringen, wie eine kommerzielle dieses tun würde.

Herr Dreier erklärt für die Verwaltung, dass die Freigabe einer Sporthalle für Vereine und Verbände lediglich zur Durchführung einiger weniger Traditionsveranstaltungen und auch nur unter entsprechenden Auflagen erfolgt.

Herr Hornstein, Leiter des ZGM, bestätigt, dass auch die Durchführung von Traditionsveranstaltungen Probleme mit sich bringen. Ein Sportboden hält diese Art von Belastung dauerhaft nicht aus, so dass die Nutzungszeit definitiv verkürzt würde. Außerdem erklärt er - unter Verweis auf z.B. Schallemission -, dass nicht alle Sporthallen im Stadtgebiet für die Durchführung nichtsportlicher Veranstaltungen geeignet sind.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ruthemeyer gibt erneut seinen Vorsitz vorübergehend ab und hinterfragt sowohl die Möglichkeit als auch die zusätzlichen Kosten, bei einer evtl. künftig anstehenden Sanierung der Sporthalle der Realschule diese so herzurichten, dass sie für nichtsportliche Zwecke freigegeben werden könnte.

Ratsmitglied Herr Dälken bringt die Frage auf, wo dann Schluss sei. Aus seiner Sicht sei mit einer einmaligen Freigabe der Bann gebrochen. Er verweist auf nachfolgende Probleme mit Schulen, Vereinen und Anwohnern. Für ihn sind schon die Traditionsveranstaltungen zu viel, die Sporthallen sind für Sport da.

Auf die Frage von Herrn Dierker nach dem möglichen Einsatz eines Festzeltes antwortet Herr Schubert, dass die Erfahrung aus dem Jahr 2015 gezeigt habe, dass die Resonanz gering gewesen ist.

Ausschussmitglied Frau Funke merkt an, dass es in einer Stadt mit 30.000 Einwohnern doch eine entsprechende Halle geben muss.

Auch Herr Trimpe-Rüschemeyer bestätigt, dass die Durchführung einer Silvesterparty in der Stadt möglich gemacht werden muss. In der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr findet kein Sportbetrieb statt, so dass dieser auch nicht beeinträchtigt würde.

Bürgermeister Herr Pohlmann erklärt erneut, dass die Verwaltung bereits in den vergangenen Jahren die Herren Schubert und Buse intensiv bei der Suche nach einer geeigneten Lokalität unterstützt und eine mögliche Bereitschaft bei Unternehmern abgefragt hat. Aber schließlich muss eine entsprechende Funktionalität gegeben sein. Diese Aussage wird von Herrn Schubert bestätigt.

Der Bürgermeister wendet sich an die Ausschussmitglieder und bittet um die Unterbreitung von Ideen und Vorschlägen.

Der Rahmen für die Vergabe von Sporthallen ist in der Vergangenheit von der Politik festgesetzt worden.

Bereits vor Jahren ist das Sanierungsprogramm der Sporthallen unter dem Aspekt einer außersportlichen Nutzung geprüft worden. Einzig in der Sporthalle der Realschule könnten entsprechende Strukturen geschaffen werden.

Daraufhin schlägt Ausschussmitglied Frau Olbricht vor, die weitere Beratung dieses Tagesordnungspunktes in die Fraktionen zu verweisen. Sie erbittet von der Verwaltung zu diesem Zweck Informationen über Hallenböden.

Der Bürgermeister erklärt strikt, dass dem Zentralen Gebäudemanagement aktuell keine zusätzlichen Aufträge erteilt werden. Aus diesem Grund ist eine Grundsatzentscheidung erst im Jahr 2018 möglich.

Frau Funke greift den Vorschlag von Frau Olbricht auf und bittet darum, von der Verwaltung eine Recherche über die mehrzweckmäßige Nutzung von Hallenböden zu erhalten.

Herr Hornstein weist darauf hin, dass nicht nur der Hallenboden für die außersportliche Nutzung in Betracht gezogen werden muss, sondern dass auch der Sanitärbereich und die umgebende Parkfläche betrachtet werden müsse. Außerdem sei eine entsprechende Nutzungsänderung beim Landkreis zu beantragen.

Der Ausschussvorsitzende ergreift das Schlusswort und befürwortet die Mitnahme dieses Antrages in die Fraktionen. An Herrn Schubert gerichtet teilt er mit, dass der Stadt Georgsmarienhütte dessen Anliegen durchaus wichtig ist und bittet um Verständnis, dass für eine Silvesterparty 2017 keine städt. Sporthalle zur Verfügung gestellt werden kann. Er bittet die Verwaltung, in Ruhe die Möglichkeit der erforderlichen Herrichtung der Realschule zu prüfen.

12. Beantwortung von Anfragen

12.1. Vorstellung der Bildungsgenossenschaft

Bürgermeister Herr Pohlmann teilt mit, dass der Verwaltung ein Antrag vorliegt auf Vorstellung der Bildungsgenossenschaft und deren Tätigkeit im Fachausschuss. Er sagt zu, dass dieses erfolgen wird.

12.2. Sachstand Hüttepass

Mit Schreiben vom 28.05.2017 verweist Ausschussmitglied Herr Schmechel für die Fraktion DIE LINKE darauf, dass „am 23.03.2017 im Ausschuss für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport und am 29.03.2017 im Verwaltungsausschuss beschlossen wurde, zusätzlich zum Familienpass einen Hüttepass für Bewohner der Stadt Georgsmarienhütte einzuführen und in beiden Pässen Sozialtarife für den ÖPNV (50 % Ermäßigung gegenüber den Normalpreisen) aufzunehmen.

Im Verwaltungsausschuss wurde vom Bürgermeister zugesagt, dass eine entsprechende Regelung bis zur Ratssitzung am 15.06.2017 entwickelt werden sollte.

Dieser Punkt hätte dafür spätestens auf der Sozialausschusssitzung vom 01.06.2017 Thema sein müssen. Dies ist nicht der Fall.“

Somit ergeben sich für die Fraktion DIE LINKE folgende Fragen:

- „1. Warum wurde dieser Beschluss bisher nicht umgesetzt?
2. Bis wann kann dieser Beschluss umgesetzt werden?
3. Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit der Beschluss umgesetzt werden kann?“

Antwort der Verwaltung:

- 1) Eine ähnlich gelagerte Anfrage wurde von Herrn Schmechel bereits im Verwaltungsausschuss am 24.05.2017 gestellt. Frau Happe und Frau Lührmann haben darauf geantwortet. Die abschließende Bearbeitung der neuen bzw. geänderten Richtlinie konnte einerseits aufgrund der Arbeitssituation und nicht besetzten Abteilungsleiterstelle im Fachbereich III noch nicht erfolgen. Andererseits haben Gespräche mit der VOS Süd ergeben, dass ermäßigte Fahrkarten nicht ohne Änderung und Anerkennung des Tarifsystems insgesamt ausgestellt werden können. Zum daraufhin entwickelten Vorschlag, „normale“ Fahrkarten im Bürgeramt zum ½ Preis abzugeben und den restlichen Betrag stadtintern aus dem Budget Fachbereich III auszugleichen, fehlt noch die abschließende Rückmeldung der VOS Süd. Ergänzend dazu wird darauf hingewiesen, dass lt. Anfrage von Frau Funke auch eine

Einkommensgrenze für den Familienpass für Familien mit einem Kind mit Behinderung zu ermitteln ist.

- 2) Die Verwaltung geht davon aus, dass die Richtlinie nach den Sommerferien vorgestellt werden kann.
- 3) Mitentscheidend ist die – mittlerweile erfolgte – Neubesetzung der Abteilungsleiterstelle Soziales und Jugend
- 4) sowie die abschließende Aussage der VOS Süd.

13. Anfragen

13.1. Finanzierung eines möglichen Defizites der kath. Kindertagesstätten

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer verweist darauf, dass in den Haushalt 2017 Mittel eingestellt wurden, um die Finanzierung der kath. Kindertagesstätten aufzustocken, und fragt an, wann die Darstellung eines möglichen Defizites im Fachausschuss erfolgen wird.

Antwort der Verwaltung:

Wie bereits in den "Wichtigen Mitteilungen" vorgetragen, sind der Verwaltung die Kostenaufstellungen der Einrichtungen erst kürzlich vorgelegt worden. Diese werden aktuell geprüft, so dass die Kostenstrukturen dem Fachausschuss nach der Sommerpause vorgestellt werden können.

13.2. Mietpreisspiegel für die Stadt Georgsmarienhütte

Ausschussmitglied Herr Trimpe-Rüschemeyer fragt an, wann der Mietpreisspiegel für die Stadt Georgsmarienhütte aus dem Jahr 2012 aktualisiert wird.

Antwort der Verwaltung:

Es gibt - aus Datenschutzgründen- keine rechtliche Legitimation für die Verwaltung, von den Vermietern Aussagen über Mietpreise zu erhalten.

Da nur begrenzt Auskunftsbereitschaft besteht und die Datenlage somit zu dünn ist, kann eine mietrechtlich belastbare Aktualisierung nicht vorgenommen werden.

13.3. Personalausstattung in den Kindertagesstätten

Unter Verweis auf die Berichterstattung in den Medien erkundigt sich Ausschussmitglied Herr Springmeier nach möglichen Problemen mit der Personalausstattung in den Kindertagesstätten im Stadtgebiet.

Antwort der Verwaltung:

Bürgermeister Herr Pohlmann berichtet, dass von Seiten der Träger keine Meldung über Probleme bei der Personalbesetzung in den Einrichtungen im Stadtgebiet vorliegt. Dieses kann er deckungsgleich für die Kommunen im Landkreis aussagen.

13.4. Sozialbericht 2016

Ausschussmitglied Herr Schmechel fragt an, wann der Sozialbericht 2016 vorgelegt wird.

Antwort der Verwaltung:

Durch die Neubesetzung - zum heutigen Tage - der bislang vakanten Stelle
Abteilungsleitung Soziales stehen wieder personelle Ressourcen für die Erstellung eines
Sozialberichtes zur Verfügung. Dies wird jedoch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die
Verwaltung wird auf diese Anfrage in der 2. Jahreshälfte zurückkommen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Ruthemeyer
Vorsitz

Bürgermeister

Konerding
Protokollführung